

Michael Fleet

«Christliche Demokratie»:  
Chile – eine Fallstudie

Seit dem Jahre 1982 wurde die Diktatur des chilenischen Generals Augusto Pinochet von wirtschaftlichen und politischen Krisen erschüttert, in deren Verlauf die einst beträchtliche Unterstützung für die Diktatur merklich abnahm, während sich der Widerstand gegen sie erweitern und kräftigen konnte, und dies, obwohl sich die Kräfte des Widerstandes bislang noch nicht vereinigt hatten. Auf diesem Hintergrund – und trotz der mehr als ein Jahrzehnt währenden faktischen Inaktivität – entfaltet die christdemokratische Partei (der PDC) nun eine erneute Vitalität und gibt zu neuer Hoffnung Anlaß. Ihre Verfechter sind führende Persönlichkeiten der wiederbelebten Bewegungen der Studenten- und Arbeiterschaft und sozialer Bewegungen aus dem Volke. Die Partei konnte sich den größten Teil ihrer traditionellen Wählerschaft erhalten. Da sie sowohl der Volksunion (1970–1973) als auch der Militärregierung entgegengetreten ist, ist sie ein aussichtsreicher Kandidat für eine nachmilitärische Folgeregierung, sollte es einmal zu einem solchen Wechsel kommen.

Aber auch die Christdemokraten haben ihre Probleme. So haben sie sich noch niemals als fähig erwiesen, mit der chilenischen Linken zusammen zu arbeiten, und werden von der Rechten wie von der Linken noch immer mit Argwohn betrachtet, da diese die Vereinnahmung ihrer eigenen Gefolgschaft befürchten. In Zeiten der Militärregierung wurden die Christdemokraten zudem von radikaleren Christen angegriffen – gelegentlich sogar überflügelt –, die von der katholischen Kirche Chiles geförderten Organisationen und Projekten angehörten. Schließlich sind die Christdemokraten auch nach wie vor in Grundsatzfragen zerstritten, was die Wahl ihrer Ziele, Strategien und Bündnispartner angeht.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen zeigen sich die zukünftigen Aussichten der Partei in einem unklaren Licht. Es wäre möglich, daß sie in einer Übergangszeit – sofern eine solche

bevorsteht – die Führung übernimmt, jedoch dürfte es ihr schwerfallen zu regieren, ohne sich einer ihrer beiden Untergruppierungen zu entfremden. Der Auszug einer erheblichen Anzahl von Parteimitgliedern aus einer der beiden Gruppierungen könnte zur Entstehung wichtiger politischer Neugruppierungen führen, zur Bildung eines ansehnlichen linken Flügels der christlichen Partei etwa oder zu einer neuen christlichen Bewegung. Ebenso aber ist denkbar, daß nur wenige Mitglieder die Partei verlassen und die radikalen Christen sich stattdessen zu einer der säkularen linken Parteien hingezogen fühlen. Eine kundige Einschätzung der Zukunftsaussichten der christdemokratischen Partei Chiles zu diesem Zeitpunkt erfordert, einen Blick auf ihre bisherige Praxiserfahrung und den politischen Kontext ihres Wirkens zu werfen.

*Die christdemokratische Partei 1950–1986*

Vom Zeitpunkt ihres Entstehens Mitte der dreißiger Jahre an blieb die christdemokratische Partei Chiles für einige Jahrzehnte zunächst relativ unbekannt. Die fünfziger und frühen sechziger Jahre waren dann aber durch ein eindrucksvolles Wachstum und eine beachtliche Expansion gekennzeichnet. Dank der zunehmenden persönlichen Popularität Eduardo Freis und eines wachsenden Gespürs für die Tatsache, daß die Konkurrenten der Mitte und des rechten Flügels sich die marxistische Linke nicht mehr vom Leib halten konnten, nahm die Partei Arbeiter, Bauern, Außenseiter und Frauen in ihre Reihen auf. Innerhalb eines Zeitraumes von weniger als zehn Jahren entwickelte sich die eigentlich bedeutungslose Partei so zur größten Einzelpartei des Landes. Als Eduardo Frei im Jahre 1964 zum Präsidenten gewählt wurde, waren Hoffnungen auf ein neues christdemokratisches Zeitalter in der chilenischen Politik weit verbreitet.

Nach zwei Jahren eines wirtschaftlichen und politischen Aufschwungs jedoch gingen die Christdemokraten in denselben Anforderungen und Spannungen unter, die sie vordem hatten an die Macht kommen lassen. Tatsächlich waren sie nicht in der Lage, die Befürchtungen einer nervösen und skeptischen Rechten zu beschwichtigen; indem sie dies dennoch versuchten, entfremdeten sie sich die Linke und viele ihrer eigenen fortschrittlichen Kräfte. Die Regierung Frei konnte sich zwar beachtenswerte Ergebnisse zugeute halten, sie war aber unfähig, die liederliche

Wirtschaft aus ihrer alten Trägheit und Stagnation aufzurütteln. Die Folge war, daß sich die politische Polarisierung, deren Überwindung die Regierung eigentlich versprochen hatte, nur noch verschärfte und die politische Basis der Partei aushöhlte, indem sie die politischen Rivalitäten erneut aufleben ließ, die die Regierung allzu gerne als überholt betrachtet hätte. Somit kam es in den letzten beiden Jahren der Regierung Frei zu einer weitverbreiteten Unruhe und Auseinandersetzung<sup>1</sup>.

Ausschlaggebend für den Mißerfolg der Partei war ihre Abneigung, sich ernsthaft um eine Unterstützung eines der beiden Flügel – des rechten oder des linken – zu bemühen. Lange Zeit hatten sich die Christdemokraten als eine Alternative zur politischen Theorie und Praxis ihrer politischen Konkurrenten dargestellt. In diesem Sinne suchte Frei seine Revolution ohne irgendwelche Modifikationen oder Zugeständnisse in persönlicher Freiheit durchzuführen, im wesentlichen, indem er die politischen Optionen polarisierte, wobei er hoffte, die Wählerschaften beider Parteiflügel, des linken und des rechten, für sich zu gewinnen, ohne mit ihren Anführern verhandeln zu müssen. Bedauerlicherweise gelang es ihm nicht, das Parteivolk zu solchen Übertritten zu veranlassen. Stattdessen bewirkte er bei den Betroffenen – der organisierten Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft, deren Kooperation notwendig gewesen wäre, um seine Wirtschafts- und Sozialprogramme zum Erfolg zu führen – eine Intensivierung ihres Widerstandes.

Ideologische Differenzen in den eigenen Reihen brachten Frei in Schwierigkeiten. Die Spaltung vollzog sich zwischen der eher pragmatischen, aber streng antimarxistischen Mehrheit (den *oficialistas*) und einer energischen demokratisch-sozialistischen Minderheit (den *rebeldes* und *terceristas*). Letztere ermutigten mit ihrer Kritik an Frei die marxistische Linke und bestätigten gleichzeitig den Verdacht des rechten Flügels, daß der PDC im Grunde eine radikale politische Kraft sei. Die Reaktionen der *oficialistas* ermutigten auf der anderen Seite die Rechte und verstärkten erneut die Befürchtungen der Linken. Da diese Kräfte wieder erstarkten, blieben die Christdemokraten einem Zustand des Streits und der Verwirrung verhaftet. Im Mai des Jahres 1969 trennte sich der größere Teil des linken Flügels von der Partei und formierte sich zum *MAPU*<sup>2</sup>, und im September des folgenden

Jahres unterlag der Kandidat der Partei Radomiro Tomic in der Präsidentschaftswahl; er belegte den dritten Platz hinter dem siegreichen Salvador Allende und Jorge Alessandri vom rechten Parteiflügel, der auf den zweiten Platz kam.

Dieser unerwartete Verlauf der Ereignisse konfrontierte die Partei mit der Notwendigkeit einer schwierigen Wahl. Die Ähnlichkeit des christdemokratischen Programms mit dem der «Volksfront» stellte eine mögliche Grundlage für die Zusammenarbeit beider Parteien dar, jedoch hatte sich die gegen die Linke gerichtete Feindseligkeit vieler Anführer und Aktivisten während der Präsidentschaft Frei verstärkt. Nach Wochen scharfer interner Auseinandersetzungen entschloß sich die Partei, die Bestätigung Allendes durch den Kongress zu unterstützen. Als Allende aber im Amt war, begannen sich die Beziehungen der Partei zu seiner Regierung zu verschlechtern. Der größte Teil der christdemokratischen Führungspersönlichkeiten kam den Problemen zuvor, indem sie das Programm Allendes von Anfang an zu blockieren suchten und ihre eigene politische Basis und ihren eigenen politischen Einfluß zu erweitern trachteten. Die progressiveren und/oder weniger kritischen Elemente der Partei, die Allende zu unterstützen beabsichtigten, behaupteten sich anfänglich, fanden sich aber bald in den Machenschaften nicht mehr zurecht. Die Jagd der eigenen Parteigenossen nach einem politischen Vorteil verbitterte die Gemüter der Marxisten ebenso wie die der Christdemokraten und trieb letztere immer weiter nach rechts.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1971 traten schließlich an die Stelle der «konstruktiven Opposition» des PDC die öffentliche Verurteilung «totalitärer Tendenzen» und häufige Konfrontationen zwischen christdemokratischen Arbeitern und solchen der «Volksfront» und zwischen Studenten, Staatsbeamten und Bauern. Zu Beginn des Jahres 1972 begannen sich die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen enorm zu verschlechtern, da Streiks, Aussperrungen, Hausbesetzungen, Protestmärsche und Massendemonstrationen oppositioneller Gruppen an der politischen Tagesordnung waren. Als die vereinigte Front des rechten Flügels der Christdemokraten bei den Kongresswahlen im März 1973 eine nur bescheidene Mehrheit errang (und damit eine Anklage Allendes nicht auf legalem Wege durchsetzen konnte), ergab sich schließlich eine ausweglose Situation, und es kamen

Gerüchte über eine endgültige Abrechnung auf. In der Hoffnung, selbst an die Macht zu gelangen, unterstützten die Christdemokraten in den letzten Monaten militärische Interventionen auf direktem und indirektem Wege; tatsächlich aber führte ihr Verhalten in eine Diktatur, wie sie das Land seit jeher beherrscht hatte.

Hätte sich der PDC weniger weit nach rechts bewegt bzw. wäre er weniger stark in diese Richtung gedrängt worden, hätten einige der sozialen und wirtschaftlichen Programme Allendes durchaus «funktionieren» können, und seine Regierung wäre möglicherweise nicht gescheitert.

Indem sich die Partei aber in einer gegen die UP gerichteten vereinigten Front mit der Rechten verband, war das Schicksal Allendes und das des Landes besiegelt. Innere Differenzen innerhalb der einzelnen Lager, die sich vertiefende politische Feindschaft zwischen den innerparteilichen Lagern und die Tatsache, daß keines der Lager seine eigenen Leute unter völliger Kontrolle hatte, all dies trug zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen PDC und Volksfront bei. Allendes Anstrengungen, die politischen Entscheidungen zu polarisieren, waren nicht erfolgreicher als die Freis. Die mangelhafte Klarheit seiner Regierung in den grundsätzlichen Zielen und Richtlinien stellte ebenfalls ein ernstes Problem dar. Wenn es den Christdemokraten und Marxisten während der gesamten Regierungszeit auch gelang, in entscheidenden Fragen und hinsichtlich spezifischer Einzelprobleme zu einem gemeinsamen Standpunkt zu finden, so war es ihnen dennoch nicht möglich, Gefühle eines gegenseitigen Mißtrauens und Zweifels am anderen zu überwinden. Für einige Christdemokraten schien es unerheblich zu sein, was die Volksfront-Parteien oder Allende sagten und taten; ihnen zu trauen, war ohnehin undenkbar. Bei anderen meldeten sich angesichts des Mangels an einer starken Führung und/oder einer inneren Übereinstimmung in der «Volksfront» Zweifel, ob – selbst ernstzunehmende – Kompromißangebote eine Chance auf Erfolg haben könnten.

Die nun folgende Militärregierung war repressiver, ideologisch konservativer und insgesamt ausdauernder als irgendjemand anfänglich vermutet hatte. Folgende Faktoren förderten die Überlegenheit der Militärs nach dem Staatsstreich: 1. Die intensiven Ängste und Feindseligkeiten, die sich in den Regierungszeiten Freis

und Allendes angestaut hatten; 2. Pinochets geschicktes Ausnutzen dieser Gefühle in einer Atmosphäre, die nicht durch wirklich vernehmbare Gegenargumente belastet war; und 3. die anhaltende Entfremdung der Christdemokraten und Marxisten.

Die Beziehungen der Partei zu den Militärs waren besser entwickelt als die zur Regierung Allendes. Auf eine erste Periode der begrenzten Zusammenarbeit folgte eine offene, wenn auch vorsichtige Opposition (bis 1980); dann folgte eine aktive Beteiligung an der oppositionellen *Alianza Democrática*. Bis in die jüngste Zeit nahm diese Gruppierung «erneuerte» bzw. demokratische Sozialisten auf, verschloß sich aber gegenüber der kommunistischen Partei, dem Großteil der sozialistischen Partei und Gruppen der christlichen Linken; sie spiegelte so die anhaltende Uneinigkeit der antimilitärischen Kräfte wider.

In dieser Zeit vertraten die einzelnen Parteicliquen verschiedene Ansichten. Allgemein gesprochen begünstigte die fortschrittliche «sozialdemokratische» *Chascon*-Clique eine eher scharfe oppositionelle Haltung und bestand nach wie vor auf einer Allianz mit der Linken. Ihr Konkurrent, die *Quatones*, waren auf der anderen Seite eher geneigt, den Sprachgebrauch der Militärs für eine Übergangszeit zu akzeptieren, waren weniger an einer Reform (oder Umgestaltung) der bestehenden kapitalistischen Strukturen interessiert und gaben einem Bündnis mit der Rechten den Vorzug.

Gegen Ende des ersten Jahres war man sich im allgemeinen klar darüber, daß die Junta eine Diktatur mit faschistischen Tendenzen war, nicht aber darüber, was dagegen unternommen werden könnte oder sollte. Die führenden Parteifunktionäre waren nicht bereit, sich jene Anhänger zu entfremden, die der Regierung wohlgesonnen waren, und so versuchten sie, die Wirtschaftspolitik nur ganz grundlegend zu kritisieren oder nur einzelne Fälle der Repression kritisch aufzugreifen, unter Vermeidung des Anscheins, die Militärs oder den Prozeß des «nationalen Aufbaus» als solchen angreifen zu wollen. Die kommunistische Partei betonte weiterhin «friedliche» Mittel des Widerstandes und bot verschiedentlich ihre Unterstützung für eine antifaschistische Allianz unter Führung des PDC an; jedoch wies die Partei alle Vorschläge zu einer vereinigten oppositionellen Mitte-links-Bewegung zurück.

Nach der Volksabstimmung im Jahre 1980 (die eine neue autoritäre Verfassung gebilligt hatte) erlahmten die Kräfte der Partei in einem Zustand der Depression, Unentschlossenheit und Untätigkeit. Dann folgten aber der wirtschaftliche Niedergang, der Mitte des Jahres 1981 seinen Anfang nahm, sowie die überraschend erfolgreichen Proteste der Jahre 1983 und 1984, letztere dank der Anstrengungen einer wiederauflebenden Arbeiterbewegung und der von der Kirche unterstützten Nachbarschafts- und Menschenrechtsgruppen. Mit diesen Entwicklungen er wachten die Christdemokraten ganz unerwartet zu neuem Leben und nahmen sogleich eine entschiedenere oppositionelle Haltung ein, die sie bis heute beibehielten.

Die im Jahre 1980 gebilligte Verfassung sieht für das Jahr 1989 einen Volksentscheid vor, in dem die Wähler über Anerkennung oder Ablehnung eines – von der Junta vorzuschlagenden – Präsidentschaftskandidaten (vermutlich aber nicht notwendig Pinochet) zu entscheiden haben. Gewinnt der Kandidat die Mehrheit für sich, wird er bis zum Jahre 1997 dem Lande als Präsident dienen; gewinnt er nicht, wird Pinochet für ein weiteres Jahr an der Macht bleiben, an dessen Ende dann die direkte Wahl eines neuen Präsidenten und eines neuen Kongresses durch das Volk stehen soll.

Dieser Zeitplan, verbunden mit der dramatischen Abnahme der Unterstützung für die Militärs seit dem Jahre 1982<sup>3</sup>, läßt die Rückkehr zu einer Zivilregierung in relativ naher Zukunft zu einer deutlich erkennbaren Möglichkeit werden. Es könnte allerdings sein, daß Pinochet die Volksabstimmung absagt (da er fürchtet, zu verlieren), oder daß er die Staatsmaschinerie zu seinem Machterhalt einsetzt, um das Plebiszit auf diese Weise entweder zu gewinnen oder sich die Macht widerrechtlich anzueignen. Eine vereinigte oppositionelle Bewegung, die traditionelle Linke eingeschlossen, würde die Durchführbarkeit der zweitgenannten Möglichkeit erschweren, eher vielleicht zur erstgenannten verleiten, wenn sie deren Durchführung auch schwieriger machen würde. Ohne einen Zusammenschluß der oppositionellen Kräfte aber bzw. bis zu einem solchen Zusammenschluß und dem Beginn der Ausarbeitung einer lebensfähigen und aussichtsreichen Alternative kann keine dieser genannten Möglichkeiten ausgeschlossen oder ignoriert werden.

Im Falle der Durchführung einer Volksab-

stimmung und der Ablehnung des «Kandidaten» der Militärs wäre es sehr wohl möglich, daß sich die Christdemokraten an die Spitze der nachmilitärischen Regierung setzten. Denn zum einen scheinen sie den größten Teil ihrer traditionellen Gefolgschaft zurückerobert zu haben<sup>4</sup>. Zum anderen haben sie praktisch in allen Teilen des Landes ihre Leute und Organisationsstrukturen, gehören ihre Mitstreiter zu den aktivsten und einflußreichsten Führern in den wiederbelebten Bewegungen der Studenten- und Arbeiterschaft und den Volksbewegungen. Schließlich verkörpern sie drittens eine gemäßigte mittlere Position in einer Zeit, in der sich viele Chilenen von «Extremen» aller Art ernüchert und enttäuscht abzuwenden scheinen, in der rechte wie linke Gruppierungen liberal-demokratischen Institutionen und gemäßigten Reformprojekten mehr zugetan sind als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt der letzten Jahre.

Die auf den Staatsstreich folgenden Jahre stellten sich für den PDC jedoch als schwierig und beschwerlich heraus. Vielleicht war die Partei politisch nicht stark genug oder in der Lage, sich in der Übergangszeit und darüber hinaus durchzusetzen, wie es zu dieser Zeit den Anschein hatte<sup>5</sup>. Denn zum einen verlor die Partei mit dem Tod Eduardo Freis im Jahre 1982 die politische Figur, die ihr zu nationaler Bedeutung verholfen hatte. Zum anderen hatte sie zu Zeiten der Militärherrschaft den Kontakt zu ihren Wählern verloren und mit ansehen müssen, wie ehemalige Mitstreiter in Aktivitäten und Vereinigungen hineingezogen wurden, die sich ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß entzogen<sup>6</sup>. Schließlich war die Partei wie in der Vergangenheit auch weiterhin in Fragen der grundsätzlichen Ziele und Strategien geteilter Auffassung, was zu einem Auseinandertriften in einen rechten und linken Flügel geführt hatte, die beide die «wirklichen» Intentionen und Ziele der Partei fortwährend in Frage stellten und dadurch sowohl in der Übergangszeit als auch danach der Bildung einer soliden oppositionellen Front im Wege standen.

Da sie ihren streng antimarxistischen und damit unabhängigen reformistischen Kurs beibehielten, haben die Christdemokraten in den dreißig Jahren, nachdem sie als eine hauptsächliche politische Kraft Chiles in Erscheinung getreten waren, ihre beachtliche Gefolgschaft halten können. In kritischen Augenblicken hinderte sie ihre Furcht und ihr Mißtrauen gegenüber der Linken jedoch daran, jenes Bündnis zu schließen, das ein

Durchstehen der erforderlichen Reformen und eine Vereitelung der gegnerischen Angriffe erst hätte ermöglichen können. Innerparteiliche Differenzen und starke, gegen die Linke gerichtete Sentiments sind Kennzeichen der meisten christdemokratischen Parteien. Im Falle Italiens und Deutschlands führten sie zu politischer Stärke und Beliebtheit; in Chile hingegen haben sie sich, zumindest bis jetzt, als schädlich erwiesen, sowohl für die Partei als auch für das Land insgesamt. Eine Änderung dieser Verhältnisse hängt von dem Fortbestand gewisser Eigenheiten und Strukturen der chilenischen Politik ab, denen wir uns jetzt zuwenden wollen.

### *Der Kontext der chilenischen Politik*

Obwohl sie in letzter Zeit das Objekt einer verständlichen Nostalgie war, ist die chilenische Politik der Zeit vor dem Jahre 1973 kaum vorbildlich zu nennen, auch in ihren besten Teilen nicht. Der Form nach zwar demokratisch, spiegelte sie dennoch die äußerst undemokratischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse wider, in deren Kontext sie sich abspielte. Die im Zeitraum von 1936 bis 1958 gewählten Regierungen lösten einander zwar in einer stabilen und geordneten Weise ab, «wurstelten» sich größtenteils aber lediglich durch, da sie es versäumten, die ernststen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen oder auch nur anzupacken. Wenn Versuche in Richtung eines grundlegenden Wandels unternommen wurden, wie etwa unter Frei und Allende, wurde das sozioökonomische Gefüge bis an die Grenzen seiner Belastbarkeit, wenn nicht sogar darüber hinaus, in Mitleidenschaft gezogen.

Zwei Besonderheiten des politischen Kontextes, mit dem es die Christdemokraten Chiles zu tun hatten, sind besonders erwähnenswert: die zentrale Ausrichtung des Staates und der Verwaltung einerseits und das beharrliche Fortbestehen eines zersplitterten, ideologisch zurückhaltenen und sehr auf Konkurrenz bedachten Parteiensystems andererseits.

Seit seinen Anfängen unter spanischer Kolonialherrschaft übte der chilenische Staat eine direkte, umfassende und zentralisierte Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes und die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Diese Tatsache, verbunden mit dem chronischen Mißstand der chilenischen Wirtschaft, ließ die Eroberung der Staatsmacht oder

das Festhalten an ihr zu einem Objekt intensivsten Strebens und äußerster Besorgnis seitens der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Landes werden.

Mit Ausnahme des Zeitraumes von 1891 bis 1925 wurde dieser starke Staat von einer mächtigen Verwaltung beherrscht, deren administrative und legislative Privilegien sie zum hauptsächlichen Organ der Entscheidungsfindung und der Ämtervergabe innerhalb des Systems machte und zu einem Objekt der Furcht und des Begehrens aller. Aber auch als sie mächtiger wurde, war die Präsidentschaft niemals völlig frei von Zwang gewesen. Die Gerichtshöfe und der Kongreß behielten sich gewisse Machtbefugnisse vor, angesichts derer die Vollmachten des Präsidenten zu einem zweischneidigen Schwert wurden. Andererseits konnten Gerichte und Kongreß die Verwaltungsbeamten dazu bringen, «in eigener Verantwortung zu handeln» und die Bedeutung einer soliden sozialen und politischen Mehrheit zur Unterstützung ihres Programms herunterzuspielen. Im Falle Allendes und Frei rief das Versäumnis, den Gegnern im Kongress genügend Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und/oder um sie zu werben, einen verhängnisvollen Widerstand hervor. Auf der anderen Seite erreichten die Gerichte und der Kongress, daß das Denken der Parteien fast unentwegt um ihre Chancen und Möglichkeiten bei einer nächsten zu erwartenden Gelegenheit kreiste und daß Gruppen, die die Regierung zunächst unterstützt hatten, häufig vorzeitig aufgaben<sup>7</sup>.

Als zweiter wichtiger Aspekt der chilenischen Politik ist die fortwährende Dreiteilung der politischen Kräfte durch mehr als vierzig Jahre zu erwähnen, da die Linke, das Zentrum und die Rechte stabile Blöcke mit einer entsprechenden Wählergefolgschaft bildeten<sup>8</sup>. Nun schloß eine solche Struktur nicht schon per se solide Koalitionen und/oder eine friedliche Koexistenz aus, – jedenfalls solange nicht, als das Zentrum von Kräften beherrscht war (der pragmatische *Partido Radical*), die gewillt waren, sich entweder der Linken oder der Rechten anzuschließen. Als der Einfluß des PDC jedoch bestimmend wurde, war jeder der drei Blöcke bemüht, seine Vorhaben auf eine Weise zu formulieren, die die anderen beiden Konkurrenten ausschloß, wodurch Koalitionen faktisch unmöglich wurden<sup>9</sup>.

Es besteht kaum ein Zweifel, daß sich die Beständigkeit dieser Strukturmerkmale für die Christdemokraten nachteilig auswirkte. Einer-

seits macht ein starkes Präsidialsystem zwar den historischen «Alternativentwurf» der Partei für deren Führung annehmbarer und plausibler sowie für mögliche Verbündete beunruhigender, andererseits aber erschwert ein Parteiensystem aus drei unbeweglichen Blöcken das Bemühen der Partei, eine möglicherweise kostspielige Spaltung zu verhindern. Würden die Christdemokraten ihr eigenes «einzigartiges» Vorhaben aufgeben und würden die beiden anderen politischen Blöcke sich auflockern, würde auch eine dauerhafte Allianz der christdemokratischen Partei mit beiden Partnern, dem rechten und dem linken Flügel, denkbar, wodurch sie ihre eigene Zersplitterung ertragen und überleben könnte. Bleiben die Blöcke jedoch intakt, wird die Partei eine Wahl zwischen ihnen treffen müssen, was, so ist fast mit Sicherheit anzunehmen, den Auszug von Teilen der Partei zur Folge haben wird.

Die in der Verfassung aus dem Jahre 1980 niedergelegten Bedingungen lassen die Fortdauer eines starken Präsidialsystems für die kommenden Jahre zu einer faktischen Gewißheit werden. Die Zukunft des aus drei Blöcken bestehenden Parteiensystems ist dagegen weniger klar. So ist nicht eindeutig auszumachen, welche Unterstützung aus der Bevölkerung zu erwarten ist. Eine Umfrage von Anfang des Jahres 1986 berichtete von einem gleichen Stand der drei Blöcke (Linke 34 %, Zentrum 33 %, Rechte 33 %), während eine andere Umfrage vom Juli desselben Jahres eine größere Unterstützung für das Zentrum (58 %) ermittelte, die Rechte (20 %) und die Linke (19 %) aber mit Abstand folgten.

Noch schwieriger ist es, sich auf Trendaussagen festzulegen, wenn es um eine Einschätzung der Zuverlässigkeit der Blöcke, des Charakters ihrer jeweiligen Pläne und Vorhaben sowie ihre Einstellung zueinander geht. Seit dem Jahre 1973 erlebte die Linke genauso wie die Rechte eine Erneuerung und Neuausrichtung. Für beide war die Zersplitterung zu einem Problem geworden, so daß in beiden Tendenzen aufkamen, die einen Reformismus begünstigten, desgleichen liberaldemokratische Prinzipien und Institutionen. Die ehemals geschlossene Rechte spaltete sich in drei große Gruppierungen auf (die Nationalen, die Unabhängigen Demokraten und den MUN) sowie in eine Reihe kleinere (und mehr gegen das Militär eingestellte) Gruppen (Liberale und Republikaner). Auf der linken Seite waren es die Kommunisten, die in Fragen der Strategie uneinig waren, während die Sozialisten in mannigfa-

che Splittergruppen zerfielen und nicht mehr als ein und dieselbe Organisation fungierten.

Diese Entwicklungen ließen den PDC und die demokratische Gruppierung (Nuñez) unter den Sozialisten einander näher kommen und waren schließlich der Anlaß zur Bildung einer *Demokratischen Allianz*, die Gruppierungen sowohl des rechten wie auch des linken Flügels umfaßte. Unglücklicherweise war dieses Wagnis gerade deshalb möglich, weil diese Gruppierungen zu den Randbereichen ihrer jeweiligen Blöcke gehörten, d. h. sie hatten keinen organisierten Funktionärskern und/oder keine Massengefolgschaft und waren dem Zentrumscharakter der Allianz nicht sehr zugetan<sup>10</sup>. Gegen Ende des Jahres 1986 zogen sich die Gruppierungen in ihre ursprünglichen Lager zurück, offenbar in der Überzeugung, die besseren Aussichten auf einen politischen Einfluß von den eigenen Reihen aus zu haben als von außerhalb.

Die meisten Gruppierungen des rechten Flügels bleiben dem PDC gegenüber mißtrauisch und scheinen davon auszugehen, daß das Militär auch ohne politischen Druck oder Mißerfolg seine Macht abgeben wird. Auf der anderen Seite glauben linke christliche Gruppierungen und die demokratischen Sozialisten nicht an einen friedlichen Übergang oder an eine Stabilität für die kommenden Jahre, ohne daß die Kommunisten eine bewaffnete Opposition ablehnen (eine Strategie, die sie seit dem Plebiszit des Jahres 1980 verfolgen) und ohne daß ihre Kader und die anderer sozialistischer Splitterparteien in einer vereinigten Mitte-links-Bewegung willkürlich sind.

Somit setzten sich in letzter Zeit gerade die traditionellen Muster erneut durch. Die Gruppenbildungen und Beziehungen der Gruppierungen untereinander sind noch zu sehr im Fluß, als daß sie und ihre Folgen bereits absehbar wären, – obwohl sich die Fortdauer des Drei-Block-Szenariums deutlich als Möglichkeit abzuzeichnen scheint. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, ist nur schwer zu erkennen, wie die Partei es vermeiden kann, zwischen einer Mitte-links- und einer Mitte-rechts-Koalition zu wählen und sich damit eine beträchtliche Anzahl von Mitstreitern und Anhängern zu entfremden.

### *Schlußfolgerungen*

Wie ihre Entsprechungen in Europa und Lateinamerika repräsentiert die christdemokratische

Partei Chiles die Interessen und Bestrebungen von Christen, die verschiedenen Schichten angehören und unterschiedliche ideologische Ausrichtungen haben. Im internationalen Vergleich gehörte sie zu den progressiveren der christdemokratischen Parteien, obwohl sie, wie andere auch, von internen Spannungen und Spaltungen heimgesucht wurde und im Laufe der Jahre aufgrund verschiedener wichtiger Entscheidungen Verluste hinnehmen mußte. Diese haben der Partei politisch gelegentlich geschadet, als verhängnisvoll haben sie sich bisher aber nicht erwiesen.

Die hauptsächlichlichen Differenzen bestanden zwischen dem neokapitalistischen und dem demokratisch-sozialistischen Flügel der Partei, obwohl viele Parteimitglieder sich selbst lieber irgendwo zwischen diesen beiden Polen einordnen würden. Der eher pragmatisch ausgerichtete neokapitalistische Flügel war über Jahre hinweg die dominante Kraft in der Partei, dennoch spielte auch der progressive Flügel in den grundlegenden Fragen eine durchaus entscheidende Rolle und scheint diesbezüglich eine annähernd gleiche Bedeutung in der Partei zu haben.

Viele gemäßigte und konservative Christdemokraten erörtern heute offen und freimütig die Frage, ob zum gegebenen Zeitpunkt politische oder wirtschaftliche Reformen angebracht scheinen oder nicht. Andere empfehlen weiterhin Reformen, machen aber klare Einschränkungen hinsichtlich ihrer Erwartungen an solche Reformen und die Risiken und/oder Opfer, die sie um ihretwillen hinzunehmen bereit sind. Und doch fährt die christdemokratische Partei fort, ebenso auch radikale Andersdenkende hervorzubringen, d. h. Mitstreiter, die zwar dieselben Enttäuschungen und Frustrationen erlebt haben wie ihre Parteigenossen, es aber ablehnen, aufzugeben oder sich mit weniger zufrieden zu geben. In vielen Fällen lebten und kämpften sie zusammen mit Industriearbeitern, erwerbslosen Armen und dem Landvolk. Ihr Engagement galt und gilt somit weniger abstrakten Zielen wie «Freiheit» und «Menschenwürde», als vielmehr dem Volk und den Gemeinden, deren Schicksal sie weitgehend zu ihrem eigenen gemacht haben.

Angesichts der Parteiaustritte in den Jahren 1969 und 1971 ist es bemerkenswert, daß sich bis heute eine progressive Richtung halten konnte. Jeder dieser Einzelfälle ließ die Partei ja – wenn auch nur zeitweise – als eine mehr denn je geeinte und konservative Kraft zurück. Abtrünnige wa-

ren schon bald durch andere Mitstreiter ersetzt, die sich im Laufe der Krisen und Erfahrungen der Folgezeit wieder radikalisierten. Es hat den Anschein, als sei dies für einen Teil der sozial und politisch engagierten christlichen Bevölkerung Chiles eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung. Die Probleme, Zusammenhänge und organisatorischen Formen mögen sich ändern, das Phänomen als solches aber besteht unverändert fort.

Bis heute ist es der Partei gelungen, ihre Teile beieinander zu halten. Zum einen, indem sie an einem Kurs der Mitte festhielt und es ablehnte, sich für einen der beiden Flügel, den rechten oder den linken, zu entscheiden, zum anderen, indem sie den militanten Kräften in ihren Reihen eine effektivere Basis zur Realisierung ihrer speziellen Ziele bot als irgendwer sonst. Allerdings erschweren die Umstände, in deren Kontext sich die chilenische Politik derzeit abspielt, eine fortgesetzte Erfüllung dieser Bedingungen. Sollte das Drei-Parteiensystem fortbestehen, was zu erwarten ist, wird die Partei von der Mitte weggedrängt werden und genötigt sein, zwischen einer Mitte-links- oder einer Mitte-rechts-Allianz zu wählen.

Die Progressiven der Partei würden sich auf die Chance stürzen, die ehemalige Alternative zu übernehmen, besonders dann, wenn andere linke Gruppen liberalere und demokratischere Konzepte übernahmen und selbst dann, wenn durch ein derartiges Vorgehen eine beträchtliche Anzahl Gemäßigter der Partei entfremdet würden. Andererseits wollen die Gemäßigten nicht, daß die Progressiven aus der Partei ausziehen, da sie dann dem bestimmenden Einfluß des rechten Flügels, mit dem sie nicht völlig übereinstimmen, weniger entgegenzusetzen hätten. Noch weniger aber scheinen sie bereit zu sein, mit einer vereinigten Linken zusammenzuarbeiten, die sie seit langem als den hauptsächlichlichen Konkurrenten und Gegner ihrer Partei betrachten.

Unter diesen Umständen könnte sich die Partei in zwei rivalisierende christdemokratische Organisationen aufspalten: in eine christlich-soziale Partei, die Unternehmer und Konservative sowie Teile der Arbeiterschicht repräsentierte, und eine christlich-sozialistische Partei, die von fortschrittlichen Intellektuellen und den jüngeren und radikaleren Arbeitern, Bauern und organisierten Slumbewohnern unterstützt würde. Diese beiden würden sich dann vermutlich das Erbe ihrer gemeinsamen Tradition streitig ma-

chen, wobei aber keine an das Format oder den Einfluß des ursprünglichen PDC heranreichen würde. Im anderen möglichen Falle könnte der progressive Teil der Partei von einer vereinigten und eher sozialdemokratischen Partei oder von

einer erstarkten Christlichen Linken aufgenommen werden und den PDC als eine zwar einheitlichere, letztlich aber weniger attraktive politische Kraft zurücklassen.

<sup>1</sup> Wie es scheint, macht Freis Regierungszeit im Rückblick einen besseren Eindruck. In einer jüngst erfolgten Umfrage (Juli 1986) im Großraum Santiagos bekam sie von allen Regierungen seit dem Jahre 1932 die meiste Anerkennung (5,9 auf einer Skala von 1 bis 7).

<sup>2</sup> Der *Movimiento de Acción Popular Unitaria* ist zum größten Teil von *rebeldes* gebildet worden. Die meisten *terceristas* verblieben bis zum August 1971 im PDC, dann verließen sie diesen und gründeten die Christliche Linke.

<sup>3</sup> Im letzten Jahr unternommene Umfragen in Santiago berichten über eine extrem niedrige Anerkennung (15% bis 36%) und Unterstützung (13%) General Pinochets.

<sup>4</sup> In einer Statistikerumfrage vom Juli 1986 erhielten die Christdemokraten bei weitem die umfassendste Zustimmung (Mitte-links-Bereich 40,2%; Zentrum 62,6%; Mitte-rechts-Bereich 15,7%), da sie den Großteil der Wählerschaft für sich gewinnen konnten.

<sup>5</sup> Wie im Falle der Kommunisten Spaniens in der ersten Zeit nach Francos Tod könnte das gegenwärtige hohe Ansehen der Partei, wie es sich in den öffentlichen Meinungsumfragen widerspiegelt, der Ausdruck einer Krise sein, d. h. Ausdruck der Tendenz unlängst entfesselter politischer Kräfte und Energien, in die Kanäle und Medien zu fließen, die am ehesten verfügbar und am meisten vertraut sind, aber kaum geeignet, organisatorische Probleme und Schwächen zu überleben.

<sup>6</sup> Zu Zeiten der Inaktivität der Partei fühlten sich viele ihrer Aktiven aus der Arbeiterschaft und deren Umfeld zu Organisationen und Aktivitäten hingezogen, die von der Kirche gefördert wurden und allen Kräften aus dem Volke offenstanden. Offensichtlich machten sie dort Erfahrungen, die ihr Interesse an der Einheit aller Kräfte aus dem Volke und an ihrer eigenen Unabhängigkeit gegenüber den Führern der Partei verstärkt haben.

<sup>7</sup> Vgl. Arturo Valenzuela, *Orígenes Características del sistema de Partidos en Chile: Proposición para Un Gobierno Parlamentario: Estudios Públicos 18 (Otoño 1985)*.

<sup>8</sup> Mit Ausnahme der Jahre, in denen die Kommunistische Partei verboten war (1984–1958); nur ein einziges Mal (1965) seit dem Jahre 1941 gewann einer der Blöcke in den Kongresswahlen mehr als 44,4% und weniger als 20% aller Stimmen.

<sup>9</sup> Die Liebe des PDC zu seinem eigenen «alternativen» Entwurf, seine Geringschätzung gegenüber den anderen politischen Kräften und seine internen Differenzen waren wichtige Faktoren, die zur Verhärtung der ideologischen und politischen Fronten beitrugen.

<sup>10</sup> In der *Alianza Democrática* vereinigten sich Christdemokraten, Radikale, Liberale, Republikaner, Sozialdemokraten, Volkssozialisten und – bis zu ihrem Rückzug im Dezember des Jahres 1986 – die gemäßigten (Nuñez) Sozialisten. Die noch verbleibenden Linksparteien gehören dem *Movimiento Democrático Popular* an, der einen kraftvolleren Widerstand gegenüber Pinochet befürwortet sowie den Ausschluß der Kräfte des rechten Flügels von jeder nachmilitärischen Folgerregierung.

Aus dem Englischen übersetzt von Birgit M. Saiber M. A.

#### MICHAEL FLEET

1971 an der University of California in Los Angeles zum Doktor der Philosophie promoviert. Derzeit Associate Professor für Politikwissenschaften an der Marquette University in Milwaukee, Wisconsin, USA. Veröffentlichungen über die christlich-demokratische Bewegung, die lateinamerikanische Kirche und die christlich-marxistischen Beziehungen. Namentlich seien genannt: *The Rise and Fall of Chilean Christian democracy* (Princeton University Press, Princeton 1985); *The Catholic Church and Revolution Struggle in Central America: Social Text No. 7, February 1983*; *Neo-Conservatism: A Social and Religious Phenomenon* (Seabury Press, New York 1981). Anschrift: 2588 N. Prospect Avenue, Milwaukee W1 53211, USA.